



Regierungsratsbeschluss vom 24. Januar 2017

Änderung von Verordnungen im Veterinärbereich; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

P161630

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV).

Begründung

Der Bund führt bei den Kantonen, den Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen eine Vernehmlassung zur Revision von Verordnungen im Veterinärbereich durch. Die Revision bezieht sich auf verschiedene Gesichtspunkte des Tierschutz- und Tierseuchenrechts wie etwa die Erhöhung der Anforderungen an den Transport und die Haltungsbedingungen für lebende Hummer, Massnahmen, um der Zunahme von illegalen Hundeimporten entgegenzuwirken, die Einführung der neuen Funktion des oder der Tierschutzbeauftragten sowie eine Präzisierung der Registrierungspflichten in der von den Kantonen betriebenen Hundedatenbank AMICUS. Der Regierungsrat begrüsst die Stossrichtung der vorliegenden Revision des Veterinärrechts, schlägt im Einzelnen aber gewisse Änderungen und Präzisierungen vor.

